

Brüssel Aktuell 42/2018

23. bis 30. November 2018

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Transparenz: Bericht zum unionsweiten Schutz von Hinweisgebern

Am 26. November 2018 veröffentlichte der Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments ([JURI](#)) seinen [Bericht](#) zum [Vorschlag](#) der EU-Kommission zu einer Richtlinie zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden (sog. „Whistleblower“, zuletzt Brüssel Aktuell 39/2018). Wesentliche Änderungen gegenüber dem Vorschlag der Kommission umfassen u. a. die erhebliche Erweiterung des Anwendungsbereichs auf grundsätzlich alle Unionsrechtsakte einschließlich Umsetzungsrechtsakte. Ausdrücklich miteinbezogen werden Arbeitnehmer im weitesten Sinne, einschließlich Mitarbeiter im öffentlichen Dienst und Beamte. Zudem werden Schutz und Unterstützung auch auf Helfer und Helfershelfer ausgeweitet sowie die Fristen für Rückmeldungen an den Hinweisgeber verkürzt...

Vergaberecht: Konsultation zum nationalen Rechtsrahmen für innovative Vergabe

Bis **15. Januar 2019** besteht die Möglichkeit, sich über einen englischsprachigen [Fragebogen](#) an der Bewertung der nationalen Rechtsrahmen für innovative Vergabe (Brüssel Aktuell 20/2018) zu beteiligen...

Beihilferecht: EuGH zur Vermutung eines wirtschaftlichen Vorteils bei Staatsgarantien

Mit Urteil vom 19. September 2018, Az. [C-438/16P](#), führte der Gerichtshof der Europäischen Union ([EuGH](#)) nochmals aus, dass bei Vorliegen einer impliziten staatlichen Garantie für ein Unternehmen ein selektiver wirtschaftlicher Vorteil für das Unternehmen aufgrund verbesserter Konditionen bei Banken und Finanzdienstleistern vermutet werde...

Notifizierungsrichtlinie: Unterschriftenaktion gegen Erfordernis der Vorab-Notifizierung

Am 15. November 2018 veröffentlichte eine Gruppe von Städten, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gewerkschaften im [Corporate Europe Observatory](#) eine [Erklärung](#) mit dem Titel „Stoppt das EU-Verfahren zur Notifizierung von Dienstleistungen – Kommunen benötigen demokratischen Raum für den Schutz der Interessen der Bürger“...

Regionalpolitik, Städte und ländliche Entwicklung

Mehrjähriger Finanzrahmen: Berichtsentwurf zu den GAP-Strategieplänen

Am 29. Oktober 2018 legte der Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Europäischen Parlamentes ([AGRI](#)) seinen [Berichtsentwurf](#) über den [Vorschlag](#) für eine GAP-Strategiepläne-Verordnung vor (vgl. Brüssel Aktuell 22/2018). Damit erfolgte der erste Schritt einer Positionierung in Hinblick auf die Ausgestaltung des Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) in der Förderperiode 2021-2027. Der Entwurf beinhaltet u. a. weniger Flexibilität zwischen den zwei Säulen der Agrarpolitik, eine höhere Finanzausstattung, die Wiedereinführung von Vorschüssen sowie eine spätere Einführung der Strategiepläne. Der vorliegende Artikel richtet den Fokus auf die nicht-landwirtschaftlichen Elemente des Entwurfs...

Mehrjähriger Finanzrahmen: Interimsbericht zur Finanzausstattung angenommen

Am 14. November 2018 nahm das Plenum des Europäischen Parlaments als Zwischenbericht eine [Entschließung](#) zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 an. Damit legte es seinen Standpunkt fest, unter welchen Voraussetzungen eine Einigung über den [Kommissionsvorschlag](#) für eine Ratsverordnung zur Festlegung des MFR möglich ist. Im Vergleich zum [Berichtsentwurf](#) des Haushaltsausschusses (vgl. Brüssel Aktuell 35/2018) tritt das Plenum v. a. für eine weitergehende Mittelerrhöhung und die entsprechende Stärkung verschiedener Förderprogramme ein...

Zensus 2021: Durchführungsverordnung der EU-Kommission

Am 22. November 2018 veröffentlichte die EU-Kommission eine [Durchführungsverordnung](#) betreffend die Volks- und Wohnungszählung 2021 im [Amtsblatt](#) der EU...

Unerlaubte Waffen: Rat verabschiedet neue EU-Strategie

Am 19. November 2018 verabschiedete der Rat der EU [Schlussfolgerungen](#) zur Annahme der neuen EU-Strategie „Gefahren abwenden, Bürger schützen“ zum Kampf gegen unerlaubte Feuerwaffen, Kleinwaffen und leichte Waffen sowie dazugehörige Munition (vgl. [Gemeinsame Mitteilung](#))...